

Position

Zugang für alle – Ausbildungsgarantie in Rheinland-Pfalz einführen

Adressat*innen:

- Landesregierung Rheinland-Pfalz
- Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion der FDP im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion FREIE WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion der SPD im Landtag Rheinland-Pfalz

Die 115. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz möge beschließen, dass der Landesjugendring sich bei der Landesregierung für eine gesetzliche Ausbildungsgarantie einsetzt. Diese Ausbildungsgarantie braucht eine stabile, solidarische Finanzierung. Hier sehen wir die Betriebe in der Pflicht. Schließlich werden ihre späteren Fachkräfte ausgebildet.

Das bedeutet, ausbildende Betriebe und Betriebe, die keine Ausbildung anbieten, sollen sich gegenseitig bei der Gewinnung von Fachkräftenachwuchs unterstützen. Durch einen Zukunftsfonds, in den Betriebe ab fünf Beschäftigte einzahlen, werden zusätzlich notwendige Ausbildungsplätze finanziert und der Ausbau betrieblicher Ausbildung gefördert. Die Betriebe sind in der Verantwortung ihre Bestenauslese zu beenden und die Zugangsvoraussetzungen zu ihren Ausbildungsplätzen zu senken.

Chancengerechtigkeit & Zugang zur Ausbildung

Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit gibt es in Rheinland-Pfalz zwar noch 3.300 unbesetzte Ausbildungsstellen auf die sich Ausbildungsinteressierte noch bewerben können. Insgesamt haben 21.600 junge Menschen die Bundesagentur zur Vermittlung in eine Ausbildung eingeschaltet. Über 50 Prozent dieser jungen Menschen, haben aber bislang nicht zu einer der freien Stellen gefunden und sich für Alternativen, wie z.B. weiteren Schulbesuchen entschieden. 1.100 jungen Menschen konnten weder einen Ausbildungsplatz finden, noch konnte ihnen eine Alternative vermittelt werden. Und das sind nur die Zahlen derjenigen, die ihren Weg zur Ausbildungsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit gefunden haben. Wie viele Jugendliche gerade in Pandemie-Zeiten ohne eine Berufsberatung und ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen haben, ist unklar (Pressemitteilung Nr. 048/2021 – 28.10.2021 Arbeitsagentur Regionaldirektion Rheinland-Pfalz / Saarland).

Bereits vor der Krise haben laut Bundesagentur für Arbeit mehr als 80 Prozent aller Betriebe keine Ausbildungsplätze mehr angeboten. Die Arbeitgeber*innen agieren hier vielfach verantwortungslos, nicht nur gegenüber den jungen Menschen, sondern auch gegenüber den eigenen Branchen und der Volkswirtschaft als Ganzes. Ohne Ausbildung landen viele junge Menschen im Niedriglohnsektor mit schlechten Arbeitsbedingungen. Das wirkt sich auf das gesamte Berufsleben bis hin zur Rente aus. Die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz hängen ab von ihrem Wohnort, Schulabschluss, der sozialen Herkunft, dem Geschlecht, dem Aufenthaltsstatus oder auch davon, ob sie von rassistischen Diskriminierungen betroffen sind. Auch insbesondere junge Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung sind von einer

gleichberechtigten Teilhabe an Berufsausbildungen ausgeschlossen. Jede*r dritte Schüler*in mit einem formal niedrigeren Schulabschluss schafft den Sprung in die Ausbildung nicht. Und das, obwohl das Berufsbildungsgesetz ausdrücklich keinen Schulabschluss als Zugangsvoraussetzung vorschreibt. Allein 2019 wurden bundesweit eine Viertelmillion junger Menschen, die eigentlich eine Ausbildung machen wollten, in Übergangsmaßnahmen wie zum Beispiel dem Berufsvorbereitungsjahr oder einer Einstiegsqualifizierung geparkt, während es laut Berufsbildungsbericht 2020 gleichzeitig über 50.000 unbesetzte Ausbildungsplätze gab.

Mit der Einführung einer gesetzlichen umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie, die jedem Jugendlichen in Rheinland-Pfalz den Weg zu einem Berufsabschluss öffnet, begegnen wir wirksam der Krise am Ausbildungsmarkt, der Zukunftsangst und dem Fachkräftemangel.

Mit sieben Nein-Stimmen und acht Enthaltungen beschlossen durch die 115. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 26.03.2022.